

Front National ging leer aus / Dämpfer für die Erfolgsträume von Marine Le Pen für die Präsidentenwahlen

Im zweiten Durchgang der Regionalwahlen konnte der FN in keiner einzigen Region gewinnen / Eine Partei-übergreifende Wählermehrheit durchkreuzte neuerlich alle Erfolgshoffnungen der Nationalisten / Die bürgerliche Opposition gewann laut Hochrechnungen sieben, die SP fünf Regionen.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Der ›Front National‹ ist gestern ó wie schon mehrfach in der Vergangenheit ó wieder an einer partei-übergreifenden Mehrheit französischer Wähler, die ihm unverändert ablehnend gegenüber stehen, gescheitert. Die Nationalistenpartei konnte diesen Sonntag im zweiten Durchgang der Regionalwahlen nirgendwo die nötige Mehrheit für die Bildung einer Regionalregierung erlangen. Dabei war der FN im ersten Wahlgang, eine Woche zuvor, noch in sechs von 13 Großregionen auf Platz eins gelangt.

Die beiden FN-Spitzenpolitikerinnen, die Parteivorsitzende Marine Le Pen, die in Nordfrankreich kandidierte, und ihre Nichte Marion Marechal-Le Pen, die im Südosten antrat, scheiterten jeweils im Duell mit den Kandidaten der bürgerlichen ›Republikanern‹. Marine Le Pen musste sich laut ersten Hochrechnungen mit 42 Prozent geschlagen geben, Marion Marechal-Le Pen mit 45 Prozent. In diesen beiden Regionen hatten die, im ersten Wahlgang klar abgeschlagenen Sozialisten auf ihre weitere Kandidatur verzichtet und die Linkswähler zur Stimmabgabe für die ›Republikaner‹ aufgerufen ó offensichtlich mit Erfolg.

Die FN-Kandidaten gerieten aber auch in den übrigen elf Regionen, wo sie sich jeweils im Dreikampf mit den Kandidaten der bürgerlichen Mitterechts-Allianz und der vereinigten Linken messen mussten, meistens sehr deutlich ins Hintertreffen.

Bürgerliche lagen vor Sozialisten

Laut Hochrechnungen gewannen die regierenden Sozialisten, die sich mit den Grünen und weiteren Linksparteien verbündet hatten, in fünf Regionen. Die bürgerliche Oppositions-Allianz unter Führung der ›Republikaner‹ konnte sieben Regionen erringen. Auf Korsika gewannen die örtlichen Autonomisten den Regionalvorsitz.

Alle Parteien sahen in diesen Regionalwahlen eine Art Probelauf für die Präsidentenwahlen 2017. Im Besonderen galt das für den ›Front National‹. Der FN betrachtete diesen Urnengang als Startrampe für die Präsidentschaftskandidatur von Marine Le Pen. Die Hoffnungen der Nationalisten waren umso höher gesteckt, als sie im ersten Wahlgang landesweit mit 28 Prozent der Stimmen zur relativ stärksten Partei geworden waren. Deshalb schien erstmals für den FN die Eroberung zumindest einer Regionalregierung zum Greifen nahe. Damit hätte die Nationalistenpartei auch erstmals die Hürde des zweiten Wahlgangs im Kampf um eine wichtige Verwaltungskörperschaft genommen.

Auch waren diesmal die Bedingungen für den FN besonders günstig: für die Regionen wurde mit einem Proportionalssystem gewählt, in dem schon die relative Stimmenmehrheit ausreicht, um im zweiten Wahlgang eine absolute Mandatsmehrheit zugesprochen zu bekommen – also ideal für eine Partei wie den FN, der bisher keine Bündnispartner fand. Vor allem aber brachten der Flüchtlingsansturm in der EU und dann noch die Massentötungen der Dschihadisten in Paris drei Wochen vor den Wahlen zusätzlichen Auftrieb für den FN.

Zweifel an Marine Le Pen in den Reihen des Front National

Nachdem der FN jetzt trotzdem überall scheiterte, werden wohl im FN Zweifel an der Führungsstrategie von Marine Le Pen laut werden: Wie können die Nationalisten auf einen Erfolg bei den Präsidentenwahlen hoffen, wenn sie nicht einmal in einer Region im zweiten Wahlgang eine Mehrheit zustande bringen?

Für die traditionellen Regierungsparteien ist die Gefahr aber noch lange nicht ausgestanden: der schon bisher sehr hohe Wähleranteil des FN könnte bis 2017 eine weitere Stufe erklimmen, wenn die Stagnation der französischen Wirtschaft, der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der dschihadistische Terror ungebrochen anhalten. Alle Spitzenpolitiker der Sozialisten und bürgerlichen Opposition, die am Wahlabend das Wort ergriffen, hüteten sich auch davor, triumphale oder selbstzufriedene Siegeserklärungen abzugeben. Statt dessen beteuerten sie fast im Gleichklang, sinngemäß, man müsse neue politische Wege beschreiten und noch stärker als bisher auf die Sorgen jener Teile der Bevölkerung eingehen, die sich vergessen und abgehängt sehen.